Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1262

13.01.82

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur Erklärung der Bundesregierung vom 14. Januar 1982

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag hat am 18. Dezember 1981 an die polnische Militärregierung appelliert, die Inhaftierten freizulassen, die durch den Reform- und Erneuerungskurs erreichten Freiheiten wiederherzustellen und den Dialog mit der Kirche und der Gewerkschaft wiederaufzunehmen. Mehr als einen Monat nach Verhängung des Kriegsrechts haben die Machthaber in Polen diese Forderungen nicht erfüllt.

2. Im Gegenteil: statt dessen werden in zahlreichen Fällen über die Inhaftierten langjährige Haftstrafen verhängt, wird die Abschiebung von Gefangenen in das Ausland angedroht und bleibt jedes Anzeichen für eine Wiederaufnahme des Reform- und Erneuerungskurses aus. Der Deutsche Bundestag teilt deshalb die tiefe Besorgnis der Kirche in Polen über diese Entwicklung.

3. Entgegen den Erklärungen General Jaruzelskis und des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski bei dessen Besuch in Bonn am 30./31. Dezember 1981 dauern somit in Polen die Unterdrückung und die Verletzung der elementarsten Menschen- und Bürgerrechte unter Mißachtung der Schlußakte von Helsinki, der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Menschenrechtserklärung unverändert und unvermindert an.

4. Der Deutsche Bundestag fordert vor dem Hintergrund der seitherigen Entwicklung nunmehr die Bundesregierung auf, Wirtschafts- und Finanzhilfe an die Volksrepublik Polen so lange auszusetzen, wie die Unterdrückungsmaßnahmen des derzeitigen Regimes anhalten.

5. Die Sowjetunion trägt für die Lage in Polen und für die weitere Entwicklung eine schwere Verantwortung. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß bei Andauern der Unterdrückung in Polen ernste Folgen für eine dauerhaftem Frieden dienende Entspannung und für die Zusammenarbeit zwischen Ost und West unvermeidlich sind. Er appelliert daher an die Bundesre-

gierung, bei weiterer Nichteinhaltung der Zusagen zur Wiederherstellung des Reformkurses und der Freilassung der Inhaftierten in Abstimmung mit den USA und unseren anderen Verbündeten stufenweise geeignete politische, wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen auch gegen die Sowjetunion zu ergreifen.

6. Der Deutsche Bundestag erneuert seine eindringliche Bitte an alle Bürger unseres Landes, Solidarität zu beweisen und die direkte humanitäre Hilfe zugunsten der Bevölkerung fortzuführen.

Bonn, den 13. Januar 1982

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838